

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Ottmar Schreiner MdB zu Björn Engholms Vorschlag, ein öffentliches Gemeinschaftswerk zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzurichten: Debatte über die Förderung von Arbeit führen.

Seite 1

Michael Müller MdB zu dem Angriff des Höchst-Vorstands-Chefs Hilger auf Presse und Politik: Kein Beitrag zur Vertrauensbildung.

Seite 2

Otto Reschke MdB zum Koalitionsstreit über die Finanzierung der Pflegeversicherung: Vorspiel zum Bonner Sommertheater.

Seite 2

Dr. Albat Schmid MdL zum 80. Jahrestag der Verabschiedung des Bayerischen Ermächtigungsgesetzes: Die SPD hat die Ideale von Freiheit und Demokratie nie verraten.

Seite 3

Halga Otto MdB zur Notwendigkeit, die Diskriminierung ostdeutscher Akademikerinnen zu beenden: Potential guter Wissenschaftlerinnen nutzen!

Seite 4

Dokumentation
Wie Nordrhein-Westfalen den Reformstaaten im Osten hilft.

Seite 5

48. Jahrgang / 80

28. April 1993

Debatte über die Förderung von Arbeit führen Zu Björn Engholms Vorschlag, ein öffentliches Gemeinschaftswerk zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzurichten

Von Ottmar Schreiner MdB
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden, Björn Engholm, ein öffentliches Gemeinschaftswerk zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzurichten, ist zu begrüßen. Die Finanzierung von Projekten im Umwelt- und sozialen Bereich ist allemal sinnvoller als die Finanzierung von gesellschaftlich erzwungenem Nichtstun, nämlich Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund beantragt die SPD-Bundestagsfraktion, die von der Bundesregierung im Rahmen des Nachtragshaushalts für die Bundesanstalt für Arbeit eingesetzten Mittel von 7,7 Milliarden DM für Arbeitslosengeld umzulenken in die Finanzierung von arbeitsmarktpolitischen Projekten.

Die Bundesanstalt soll dabei die Basisfinanzierung in Höhe des eingesparten Arbeitslosengeldes vornehmen. Die restlichen Kosten der Projektförderung sollen die betroffenen Länder, Kommunen und die Projektträger übernehmen. Unverzichtbar ist dabei allerdings, daß die in den Projekten Beschäftigten das tarifliche Arbeitsentgelt erhalten. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang, ob die von der Bundesregierung vor kurzem in Ostdeutschland eingeführten AB-Projekte mit untertariflichen Einkommen überhaupt verfassungskonform sind.

Die Anregung von Björn Engholm, aus Steuern und Beiträgen des hochproduktiven Sektors Niedriglöhne zu subventionieren, bedarf einer eingehenden Prüfung. Klärungsbedürftig ist insbesondere die Frage, wie dabei die tragenden Prinzipien der Tarifautonomie gewahrt bleiben können. Angesichts eines Fehlbestands von circa sieben Millionen regulären Arbeitsplätzen in Deutschland ist eine massive öffentliche Debatte über die Förderung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit längst überfällig. Es geht letztlich um die soziale und politische Stabilität in unserer Republik.

(-/28. April 1993/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit dem öffentlichen Briefkasten
Kein Postfach



Kein Beitrag zur Vertrauensbildung

Zu dem Angriff des Hoechst-Vorstands-Chefs Hilger auf Presse und Politik

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nach dem Motto "Angriff ist die beste Verteidigung" versucht Hoechst-Vorstandschef Hilger auch von eigenen Versäumnissen abzulenken. Mehr als zehn zum Teil schwerwiegende Störfälle in weniger als zwei Monaten, da muß die Frage nach Sicherheitsstandard und nach der Sicherheitsphilosophie des Unternehmens grundsätzlich gestellt werden. Dabei ist dem Vorstand aber auch zuzugestehen, daß sich diese Frage nicht allein an Hoechst richten darf, sondern auch die Politik neue Antworten geben muß.

Das Unternehmen muß sich seiner Verantwortung stellen. Auf Presse und Politik zu schimpfen ist keine Lösung. Vertrauen läßt sich nur durch eine transparente Sicherheitskultur zurückgewinnen und nicht nur durch Abwiegeln.

Zu einer transparenten Sicherheitskultur gehört unter anderem:

- Eine verbesserte Motivation der Mitarbeiter in dem Sinne: Sicherheitsbelange sind sehr wichtig und Wachsamkeit der Mitarbeiter ist eine zentrale Voraussetzung für die Einhaltung der Sicherheit.
- Eine weitgehende Trennung der Verantwortung für Sicherheit und Produktion. Sich daraus ergebene Konflikte müssen in einem transparenten Prozeß entschieden werden.
- Einbeziehung von externem Sachverstand.
- Umwandlung von instrumentellem zum konzeptionellem und vorsorgendem Umweltschutz.

Darüber hinaus muß durch technische Nachbesserungen gewährleistet werden, daß Überdruckentlastungseinrichtungen (Sicherheitsventile et cetera) in Zukunft dicht sind, so daß giftige und gefährliche Stoffe nicht mehr in die Umwelt freigesetzt werden. Diese Einrichtung von geschlossenen Systemen ist im dichtbesiedelten Deutschland notwendig und ein wesentliches Element bei der Zurückgewinnung von Vertrauen.

Darüber hinaus muß in bestimmten Bereichen auch über Befristung von Genehmigungen sowie über haftungsrechtliche Nachbesserungen nachgedacht werden.

Die SPD steht zum Industriestandort Deutschland. Der kann jedoch nur durch eine aktive Sicherheitspartnerschaft und durch kooperatives Verhalten der Industrie mit Behörden und Bevölkerung auf Dauer erhalten werden. Die Zukunftsfähigkeit unserer Industriegesellschaft ist nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu erreichen.

(-/28. April 1993/rs/ks)

Vorspiel zum Bonner Sommertheater

Zum Koalitionsstreit über die Finanzierung der Pflegeversicherung

Von Otto Reschke MdB

Mitglied des Finanz-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Im Innerhalb der Bonner Regierungskoalition erneut aufflammenden Streit um die Finanzierung der Pflegeversicherung sehe ich das Vorspiel zum Bonner Sommertheater. Eine Hauptrolle nimmt dabei die FDP und besonders Otto Graf Lambsdorff ein. Der Graf bleibt sich einmal mehr als Meister des gebrochenen Wortes treu. Innerhalb des Koalitions-Theaters wedelt mal wieder der Schwanz mit dem Hund.

Die Forderung nach einer unverzüglichen Einführung der Pflegeversicherung steht auf der Tagesordnung. Der Pflegenotstand besteht schon jetzt und nicht erst ab 1998. Allein in Essen, meinem Wahlkreis, werden die Ausgaben der Sozialhilfe zur Pflege von 386.000 DM im Jahre 1983 auf circa 25 Millionen im Jahre 1993 angewachsen sein.

Bei der Finanzierung der Versicherung ist eine gerechte Verteilung über alle Glieder der Gesellschaft erforderlich. Die Streichung eines Feiertages oder die Heranziehung eines Karenztages zur Finanzierung lehne ich ab. Die Abschaffung von Feiertagen wäre ökonomischer Unsinn.

Die Abschaffung von Feiertagen führt zur Ausdehnung des Arbeitsvolumens bei ohnehin rückläufiger Produktion zu einer Freisetzung von Arbeitskräften und damit zu steigender Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Arbeitszeitverlängerungen in Zeiten schwacher Konjunktur sind Gift für den Arbeitsmarkt.

Das Jahr 1993 ist ohnehin ausgesprochen arbeitgeberfreundlich. Der 1. Mai ist ein Samstag, der 3. Oktober ein Sonntag, Weihnachten liegt an einem Wochenende, und der Neujahrstag 1994 ist schließlich auch ein Samstag. Diese Konstellation wiederholt sich bekanntlich alle fünf Jahre. In Jahren, in denen die Arbeitgeber dreistellige Millionenbeträge einsparen, wird diese Summe schließlich auch nicht an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ausgeschüttet.

Im übrigen ist damit die Forderung der Arbeitgeber zur Finanzierung der Pflegeversicherung über einen Feiertag mit den "arbeitgeberfreundlichen - Feiertags-Jahren" ausreichend finanziert.

(-/28. April 1993/rs/ks)

Die SPD hat die Ideale von Freiheit und Demokratie nie verraten
Zum 60. Jahrestag der Verabschiedung des Bayerischen Ermächtigungsgesetzes

Von Dr. Albert Schmid MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Als der Sozialdemokrat Albert Roßhaupter vor 60 Jahren den in Parteiuniformen aufmarschierten Nationalsozialisten im Bayerischen Landtag staatsbürgerliche Freiheit und gleichmäßige Gerechtigkeit als zwei der großen Ideen vorhielt, die sich die Menschheit geschaffen hat und in denen sie den kulturellen Fortschritt der Völker garantiert sieht, da war die Chance zum Aufhalten der braunen Flut bereits vertan. Die Machtübernahme in Bayern hatte schon stattgefunden. Die Verabschiedung des "Gesetzes zur Behebung der Not des bayerischen Volkes und Staates" war nur der vorletzte formale Akt. Der letzte Akt, die Auflösung der Länder, sollte noch folgen.

Daß die Sozialdemokraten - trotz des Terrors eines schon weitgehend etablierten Nazisystems, trotz des Anblicks ihres von den Folterern im Konzentrationslager Dachau zusammengeschlagenen Kollegen Poeschke - zu ihrer Überzeugung standen und mit Nein stimmten, verdient unseren Respekt und unsere Bewunderung.

"Eine Partei mit dieser Vergangenheit kann man mit Zwangsgewalt vorübergehend unterdrücken, man darf aber von ihren überzeugten Anhängern nicht erwarten, daß sie feige ihre Fahne verraten." Dieser Satz Albert Roßhaupters - unterbrochen von höhnischen Zwischenrufen der Nazis - verpflichtet uns bayerische Sozialdemokraten noch heute. Wir sind stolz darauf, der einzigen politischen Bewegung in Deutschland anzugehören, die in ihrer über hundertjährigen Geschichte die Ideale von Freiheit und Demokratie nie verraten hat.

Noch vor zehn Jahren - anläßlich der 50. Wiederkehr der nationalsozialistischen Machtübernahme im Reich und in Bayern - haben sich der damalige Landtagspräsident und die CSU-Fraktion geweigert, an den 29. April in einer Gedenkstunde zu erinnern, und es vorgezogen, die Machtübernahme im Reich am 30. Januar 1933 zu würdigen. Darüber, warum die CSU ganz gegen ihre sonstige Ge-

wohnt damals lieber ein gesamtdeutsches Ereignis beleuchtete als ein bayerisches, will ich hier nicht spekulieren. Daß der heutige Landtagspräsident Dr. Wilhelm Vormdran und die CSU-Fraktion diesmal eine Würdigung in der nächsten ordentlichen Landtagsitzung am 4. Mai zugestimmt haben, begrüße ich, obwohl wir Sozialdemokraten eine Sondersitzung am 29. April vorgezogen hätten.

Klaus Kleinschmidt hat in seinem Artikel "Geist oder Macht" in der Osterausgabe der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" die bedenkenswerte Forderung erhoben, daß die seriöse Rechtsintelligenz "sich den Irrweg der konservativen Kollaboration eingestehen" müsse, wenn sie ihre Abgrenzung zum heutigen Rechtsradikalismus glaubhaft machen wolle. Das bleibt noch zu leisten.

(-/28. April 1993/rs/ks)

Potential guter Wissenschaftlerinnen nutzen!

Zur Notwendigkeit, die Diskriminierung ostdeutscher AkademikerInnen zu beenden

Von Helga Otto MdB

Frauen in der Wissenschaft sind überproportional von Entlassungen und kurz befristeten Zeitverträgen betroffen. Fazit: Die Geduld der Frauen ist zu Ende. Das Schicksal der Frauen in der Wissenschaft ist nicht nur eng verbunden mit dem Umgestaltungsprozeß der Wissenschaftslandschaft in den neuen Ländern sondern auch mit dem aller berufstätigen Frauen der ehemaligen DDR. Die Frauen, obwohl gleich qualifiziert und hoch motiviert, haben es verpaßt, sich ebenso aggressiv und selbstbewußt wie die Männer an die Schaftstellen der Macht zu begeben. Der Umgestaltungsprozeß wäre sowohl im außeruniversitären wie auch im universitären Bereich eine große Chance gewesen, wenigstens vorhandene weibliche Präsenz in den Wissenschaftsinstituten zu erhalten.

Die männliche Dominanz im Wissenschaftsrat (27 Männer und nur drei Frauen), in den Personalräten und anderen Entscheidungsorganen hat die Frauenfrage von Anfang an vernachlässigt. Noch sind nicht alle Probleme im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft gelöst, deshalb fordern die Frauen in buchstäblich letzter Minute Schadensbegrenzung und langfristig klare politische Vorgaben zum Nachteilsausgleich:

1. Überbrückungsprogramme für die Wissenschaftlerinnen und ForscherInnen in den neuen Bundesländern, damit wertvolles Potential positiver evaluierter WissenschaftlerInnen nicht verloren geht: Das heißt Überbrückungsprofessuren, mehr Stellen im akademischen Mittelbau und in der institutionellen außeruniversitären Forschung (Aninstitute), Anschlußprogramme bei auslaufenden Forschungs-ABM.
2. Finanzielle Unterstützung des frauenspezifischen Artikel 9 des Hochschulerneuerungsprogramms, das heißt längerfristige frauenspezifische Konzepte und Sozialmaßnahmen; das Studium muß machbar sein für Mütter und Väter.
3. Die bereits vereinbarte Quotenregelung von zehn Prozent West- und 90 Prozent Ost-WissenschaftlerInnen an ostdeutschen Instituten muß eingehalten werden. Schluß mit der überproportionalen Besetzung der Top-Stellen mit männlichen Bewerbern aus den alten Bundesländern. Schluß mit dem Transfer von Mitarbeitern der berufenen West-Professoren. Spezifische Arbeitsbedingungen (Veröffentlichungen, internationaler Bekanntheitsgrad) können zum jetzigen Zeitpunkt zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bewerbern und Bewerberinnen noch nicht verglichen werden.
4. Keine übermäßigen Abschlüsse von kurz befristeten Zeitverträgen, die zur Zeit besonders mit Frauen abgeschlossen werden! Sie schaden der Grundlagen- und Vorsorgeforschung.

5. Länderkommissionen sollen die Durchsetzung der Frauenförderung kontrollieren und begleiten. Da Hochschulen und institutionelle Forschung überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, sind verbindliche Vorgaben und besondere Anreize für Frauenförderung legitim.
6. Die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Wissenschaftler-Integrationsprogramm muß politisch durch Bund und Länder sichergestellt werden, um den Verlust weiterer wissenschaftlicher Kapazität zu stoppen.
7. Gleichstellungsbeauftragte müssen mit Kompetenzen und Finanzen ausgestattet werden. Gleichstellungsreferate beziehungsweise -büros müssen personell und finanziell abgesichert werden. Der Gleichstellungsbeauftragten sind Entscheidungsbefugnisse zu übertragen!
8. Alle Studiengänge sollen für beide Geschlechter möglich und erfolgversprechend sein. Der spezielle Zugang der Mädchen zur Technik muß frühzeitig gefördert werden.
9. Frauenforschung muß verstärkt betrieben werden. Bevorzugt sind dafür Frauen einzustellen, da sie durch persönliche Betroffenheit sensibler und kompetenter als Männer geschlechtsspezifische Untersuchungen durchführen können.

Frauen sind über 50 Prozent der Bevölkerung. Sie werden ihre Stimme bei den kommenden Wahlen der Partei geben, die ihre Bedürfnisse und ihr Recht auf tatsächliche Gleichstellung respektiert. Schluß mit der Verschwendung gut qualifizierter Wissenschaftlerinnen! Weiblicher Sachverstand muß Eingang in alle gesellschaftspolitischen Fragen der modernen Welt finden.

(-/28. April 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Johannes Rau: Menschen aus Nordrhein-Westfalen helfen beim Aufbau im Osten

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau hat - stellvertretend für Tausende von Helfern aus diesem Bundesland, die seit 1990 in Ost-, Südost- und Mitteleuropa unterwegs waren, um den Menschen in diesen Staaten zu helfen - 400 Bürgerinnen und Bürger zu einer Kaffeetafel geladen und ihr Engagement gewürdigt. Die NRW-Landesregierung wolle, wie Rau darlegte, den ehrenamtlichen Helfern "besonders danken, denn sie helfen freiwillig, unter großen Strapazen und großem Engagement", wobei "sie oft auf gebührende Anerkennung verzichten" müßten, die die "Schlagzeilen meist den Planern militärischer Aktionen oder denjenigen, die sich um diplomatische Problemlösungen bemühen". Das Düsseldorfer Landespresse- und Informationsamt veröffentlichte anläßlich des Rau-Empfangs eine Übersicht über die Hilfsmaßnahmen der NRW-Landesregierung, die wir nachstehend dokumentieren.

In den Staaten Ost-, Südost- und Mitteleuropas suchen Millionen Menschen eine neue, persönliche Perspektive. Millionen Menschen haben dabei ihre Hoffnung auf den Westen gerichtet. Dabei ist klar: Es gibt kein Patentrezept für Hilfen in diesen Staaten. Es hat sich aber deutlich gezeigt, daß Wirtschaftshilfen und milliardenschwere Kredite allein nicht ausreichen, um die Folgen der sozialistischen Mißwirtschaft zu beseitigen.

Die Landesregierung hat sich darum bemüht, Projekte vor Ort, die zunächst humanitären und karitativen Charakter hatten, zu mittelfristigen Aufbauhilfen in Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung für die Staaten des ehemaligen Ostblocks auszubauen. Dabei geht es immer um konkrete Unterstützung in ausgewählten Regionen und mit vertrauenswürdigen Partnern aus den Reformstaaten.

Beispiele regionaler Entwicklungsprojekte Nordrhein-Westfalens

1. Rumänien

Seit dem Frühjahr 1990 hilft Nordrhein-Westfalen in Rumänien. Inzwischen sind 25 Kinderheime grundlegend renoviert worden. Die Landesregierung hat das Prinzip der regional konzentrierten Hilfe verfolgt und sich daher nur im Banat (Westrumänien) engagiert. So wurden in Timisoara eine Pflegeschule und ein Aids-Labor aufgebaut. Das besondere Interesse gilt darüber hinaus krebserkrankten Kindern, denen mit Medikamenten geholfen wird. Eine Wirtschaftsförderungsagentur im Banat ist im Entstehen. Landmaschinenringe wurden aufgebaut und ausgestattet. Außerdem wurden Lehrer, Landwirte und Fachkräfte der Wirtschaft geschult. Insgesamt sind für Rumänien seit 1990 rund 18 Millionen Mark bereitgestellt worden.

2. Bulgarien

Auch hier hat sich die Landesregierung auf eine Region, die Region Russe im Nordosten Bulgariens, konzentriert. Zunächst wurde das Kinderheim Brestowiza komplett saniert. Jetzt sind mittel- und langfristige, strukturverbessernde Maßnahmen begonnen worden, so die Sanierung des Rettungswesens in der Region Russe. Außerdem sind Ausbildungshilfen in den Bereichen Verwaltung und Wirtschaft verabreicht.

Mittelleinsatz 1992/93: mehr als zwei Millionen Mark.

3. Makedonien

Für das Reintegrationsprogramm für abgelehnte Asylbewerber, das den Charakter eines Pilotprojekts hat, sind seit Oktober 1991 rund elf Millionen Mark aufgewendet worden. Damit wurden 114 feste Wohnungsunterkünfte in Makedonien geschaffen, in denen in absehbarer Zeit rund 600 Roma, die freiwillig im Rahmen des Reintegrationsprogramms zurückgekehrt sind, eine Bleibe finden werden. Neben medizinischer und schulischer Betreuung werden von der Landesregierung auch Arbeitsplätze für die Teilnehmer am Reintegrationsprogramm geschaffen.

4. Kroatien und Bosnien-Herzegowina

Seit Spätsommer 1992 hat Nordrhein-Westfalen aus Landesmitteln 20,5 Millionen Mark für Projekte und humanitäre Hilfen im ehemaligen Jugoslawien ausgegeben. Neben Lebensmitteln und Babynahrung wurden Medikamente und medizinische Versorgungseinrichtungen bereitgestellt. Außerdem hat die Landesregierung mit dem Aufbau von Siedlungen in Kroatien begonnen, die im Bürgerkrieg zerstört wurden. Für Flüchtlinge in Kroatien und Makedonien wurden neue Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen. Weitere Mittel sind in das Projekt "Frauen in Not" geflossen.

5. Weitere Projekte in nahezu allen Reformstaaten

Von Ungarn bis zum Baltikum sind in nahezu allen anderen Reformstaaten weitere Projekte begonnen worden oder in Vorbereitung. Dies gilt vor allem für die Russische Föderation. Mit ihr verbindet Nordrhein-Westfalen 1988 eine Erklärung über gemeinsame Zusammenarbeit. Bisher sind dort vor allem humanitäre Hilfe geleistet und Einzelprojekte unterstützt worden. In Zukunft wird sich das Engagement des Landes auf zwei Gebiete konzentrieren: Nischnij Nowgorod und Costromar. In Costromar wird derzeit ein Modellprojekt "Aus- und Weiterbildung im Metallbereich" geprüft.

In der Tschechischen Republik wird die Modellstudie "Technisch-wirtschaftliche und ökologische Optimierung eines nordböhmischen Braunkohletagebaus" gefördert. In Polen konzentrieren sich die projektorientierten Hilfen auf die Grenzgebiete zu Brandenburg und auf die Region Oberschlesien. In den baltischen Staaten, vor allem in Lettland, werden Maßnahmen gefördert, die der Weiterentwicklung der Landwirtschaft und der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten dienen.

Allein 1992 hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den Reformstaaten über 45 Millionen Mark an Landesmitteln eingesetzt. Dieses Engagement wird in diesem Jahr fortgesetzt.

(-/28. April 1993/rs/ks)
